

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 26. Januar 2026
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

M 643 Motion Müller Guido namens der Kommission Wirtschaft und Abgaben (WAK) über die Ausarbeitung eines Dekrets für eine kantonale Finanzhilfe für die Steeltec AG / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.

Urs Brücker beantragt Ablehnung.

Simone Brunner beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Guido Müller hält namens der WAK an der Motion fest.

Für die Kommission Wirtschaft und Abgaben (WAK) spricht Kommissionspräsident Guido Müller.

Guido Müller: Ich danke der Regierung für Ihren Antrag auf Erheblicherklärung der Motion. Gleichzeitig möchte ich meinem Erstaunen über die vorliegenden Anträge auf teilweise Erheblicherklärung oder Ablehnung Ausdruck geben. Die Motion wurde im Auftrag der WAK erstellt, ging in eine interne Vernehmlassung, wurde diskutiert und von der WAK unterstützt. Ich bitte Sie daher, dem Antrag der WAK zu folgen, die Motion erheblich zu erklären und die Anträge auf teilweise Erheblicherklärung oder Ablehnung abzulehnen.

Urs Brücker: Wir haben bereits letztes Jahr das Begehren abgelehnt, Steeltec mit 8,5 Millionen Franken additional zum Bundesbeitrag zu unterstützen. Für uns ist es nach wie vor ein politischer Sündenfall, wenn wir damit beginnen, einzelne Branchen oder Firmen mit solchen Beiträgen zu unterstützen. Eine Beteiligung des Kantons, wie es der Bund nun will, gab es nicht einmal beim Grounding der Swissair oder bei früheren Bankenaffären. Es ist eine einmalige Situation. Wir können aus wirtschaftsliberaler Sicht überhaupt nicht nachvollziehen, dass man nun einzelne Firmen unterstützen will, ob das in Zusammenhang mit dem Luzerner Innovationsbeitrag (LIB), der Standortförderung oder einfach sonst Geldern des Kantons geschieht, sieht für uns ausser Diskussion. Wir sprechen hier von 8,5 Millionen Franken. Steeltec hat 2023 300 Millionen Franken und 2024 200 Millionen Verlust geschrieben. Diese 8,5 Millionen Franken sind ein Tropfen auf den heissen Stein und dadurch wird die Firma nicht gerettet. Wenn die Firma gerettet werden soll, geht das nur über die europäische Automobilindustrie, von der sie Zulieferer ist, die aber grosse Probleme hat. Auch die Argumente in Bezug auf die hohen Strompreise und Netzgebühren greifen nicht. Wenn Steeltec entsprechende Energiekontrakte abschliesst, kann sie mit tiefen Energiepreisen rechnen. Die Stadt Luzern hat sogar die Konzessionsbeiträge erlassen. Dabei geht es aber nur um ungefähr 95 000 Franken, also ein läppischer Betrag, wenn man an die Verluste von Hunderten von Millionen Franken denkt. Steeltec hat ein Strukturproblem und muss dieses lösen, dabei helfen die 8,5 Millionen Franken aber nicht. Diesen wirtschaftspolitischen

Sündenfall können wir auf keinen Fall unterstützen, daher beantragen wir die Ablehnung der Motion.

Simone Brunner: Die SP-Fraktion unterstützt den Kern der Motion nach wie vor und ist sehr erfreut, dass der Regierungsrat mittlerweile die Notwendigkeit dieser kantonalen Unterstützungszahlung anerkennt. Das entsprechende Postulat wurde von unserem Rat damals teilweise erheblich erklärt, verbunden mit der Forderung, dass die Finanzhilfe an Steeltec an die Abstimmung zur Standortförderung gekoppelt wird. Das wiederum ist auch in der vorliegenden Motion aufgeführt. Daher beantragen wir die teilweise Erheblicherklärung der Motion. Aus Sicht der SP-Fraktion ist diese Koppelung an die Standortförderung sachfremd. Weshalb? Aus unserer Sicht reagiert diese Finanzspritze an Steeltec auf eine aktuelle, akute wirtschaftliche Notlage. Es liegt ein entsprechender Bundesbeschluss vor, der nur in Kraft tritt und die Gelder gesprochen werden, wenn sich auch der Kanton Luzern daran beteiligt. Dies im Gegensatz zur Standortförderung, die ein strukturpolitisches Förderinstrument ist mit einer langfristigen Ausrichtung. Aus unserer Sicht stehen hier zwei völlig unterschiedliche Systematiken zur Debatte, die nicht miteinander vermischt werden sollen. Die Unterstützungszahlungen des Kantons Luzern im Rahmen von 8,5 Millionen Franken können im besten Fall 600 Arbeitsplätze sichern, die Kreislaufwirtschaft stabilisieren und den Standort Emmen nachhaltig verankern. Im Anbetracht der rund 128 Millionen Franken die für 2026 von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) an den Kanton Luzern ausgeschüttet werden, ist der Ablehnungsantrag der GLP-Fraktion aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar. In der vorangehenden Debatte herrschte noch Euphorie in Bezug auf Subventionen an die Grosskonzerne. Jetzt geht es ebenfalls um einen Grosskonzern, der sich in einer akuten wirtschaftlichen Notlage befindet, aber man ist plötzlich nicht mehr bereit, entsprechende Gelder zu sprechen, die deutlich tiefer sind als bei den anderen Konzernen. Notabene ein Konzern, der die Kreislaufwirtschaft fördert, ein Anliegen, das aus meiner Sicht auch die GLP unterstützen müsste. Im Sinn einer Planungssicherheit für Steeltec und einer sicheren Zukunft für ihre Mitarbeitenden bitte ich Sie, der teilweisen Erheblicherklärung zuzustimmen, damit wir über die 8,5 Millionen Franken losgekoppelt vom Ausgang der Abstimmung über die Standortförderung verfügen können.

Ferdinand Zehnder: Die Mitte-Fraktion stimmt der Motion einstimmig zu. Die Steeltec AG in Emmenbrücke steht vor massiven Herausforderungen: Höhere EU-Stahlzölle, staatlich verbilligter Industrierstrom in den Nachbarsländern und ein äusserst schwieriges Marktumfeld setzen dieses Werk enorm unter Druck. Ohne gezielte Unterstützung droht langfristig die Abwanderung der Produktion und die Stellung dieses wichtigen Industriestandortes wird ebenfalls bedroht. Die Steeltec AG beschäftigt in Emmenbrücke 610 Mitarbeitende, also über 610 direkt betroffene Arbeitsplätze und Hunderte indirekte Arbeitsplätze in der Region. Die Unternehmensführung hat sich klar zum Standort Emmenbrücke bekannt und will dieses Werk weiterentwickeln. Steeltec ist nicht irgendein Industriebetrieb, sondern auch ein strategischer Betrieb und wichtig für die Schweiz. In Zeiten erhöhter sicherheitspolitischer Risiken braucht unser Land eine eigene Stahlproduktion. Hinzu kommt die Bedeutung von Steeltec in Bezug auf die Nachhaltigkeit und die Kreislaufwirtschaft. Das Werk produziert Spezialstahl ausschliesslich mit recyceltem Stahlschrott und ökologischem Strom. Der Bund hat bereits eine Finanzhilfe zugesagt, was fehlt, ist die kantonale Beteiligung. Die Motion verlangt zu Recht, dass 8,5 Millionen Franken aus den Mitteln des Standortförderungsprogramm stammen und nur dann ausbezahlt werden, wenn die Botschaft B 65 gutgeheissen wird. Diese Verknüpfung ist unseres Erachtens sinnvoll und konsequent, denn die Mehreinnahmen aus der OECD-Mindeststeuer schaffen genau die finanziellen Mittel, die für solch gezielte Standortförderungs- und

Standortsicherungsmaßnahmen eingesetzt werden können. So ist die Hilfe an Steeltec ein konkretes Beispiel dafür, wie wir diese Gelder zum Erhalt von Arbeitsplätzen und der Stärkung unserer Wirtschaft einsetzen können. Wir haben die Chance, Verantwortung für über 610 Arbeitsplätze zu übernehmen, für einen wichtigen Industriestandort und für die wirtschaftliche Zukunft unseres Kantons. Ich bitte Sie, der Erheblicherklärung zuzustimmen.

André Marti: Die grundlegenden Diskussionen zu diesem Thema haben wir bereits in der September-Session geführt und müssen sie nicht wiederholen. Die Schweizer Stahlindustrie hat Probleme und die Lage hat sich nicht verbessert. Die vorgeschlagene Lösung des Bundes weist aus Sicht der FDP-Fraktion Mängel auf, aber auch das hat sich nicht geändert seit letztem Herbst. Ebenfalls nicht geändert hat sich unsere Auffassung, dass es falsch ist, in einer liberalen und marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaftsordnung mit Steuergeldern zu versuchen, Strukturbereinigungen zu verhindern. Es ist seit letztem September bekannt, dass die volkswirtschaftliche Bedeutung und ihre Rolle in der Kreislaufwirtschaft uns dazu bringen, trotzdem eine finanzielle Unterstützung an die Steeltec AG in Erwägung zu ziehen. Die WAK hat das Heft in die Hand genommen und will mit der vorliegenden Motion die Umsetzung in Auftrag geben. Die Notwendigkeit dieser Massnahme ist und bleibt bei der FDP-Fraktion unbestritten. Im Kontext mit dem aktuell vorliegenden Vorschlag ist es aber für viele unserer Fraktion vertretbar, die Mittel über ein Dekret und einen Nachtragskredit zu verlangen. Der Zeitplan in Koordination mit der Beschlussfassung zum Standortförderungspaket ist richtig. Falls die Mittel gesprochen werden, sollen diese davon abhängig gemacht werden, ob das Standortförderungspaket angenommen wird oder nicht. Falls es angenommen wird, haben wir Geld zur Unterstützung der Wirtschaft, vorausschauend als Unterstützung in Forschung und Entwicklung. Das ist eine Investition in die Zukunft. Ausnahmsweise soll aus diesem Topf auch die Unterstützung der Steeltec AG ermöglicht werden. Es ist übrigens nicht ausgeschlossen, dass die Steeltec AG ohnehin einen namhaften Betrag aus diesem Standortförderungspaket abholen könnte und damit ein Sonderbeitrag vielleicht ganz oder teilweise obsolet wird. Sollte das Standortförderungspaket abgelehnt werden, ist die Situation aus unserer Sicht im Herbst nochmals zu beurteilen. Ich weise nochmals auf die grundsätzlich kritische Haltung unserer Partei zu einer staatlichen finanziellen Unterstützung im Krisenfall hin. Diese Gelder einfach aus den ordentlichen Steuermitteln zu entnehmen, würden wir nochmals kritisch prüfen. Weshalb sind wir klar für das Standortpaket mit dem LIB aber in diesem Fall trotzdem kritisch? Der LIB ist eine Investition in die Zukunft. Wir wollen die ertragsstarken Firmen in unserem Kanton behalten. Sie sollen gezielt in Innovation investieren. Im Fall der Steeltec AG ist es eine Abwägung, ob die Firma ausnahmsweise vor einer Strukturbereinigung geschützt werden soll. Es ist eine Abwägung, wie wichtig uns die Tätigkeit dieser Firma ist, ihre Grösse, ihre namhafte Anzahl Arbeitsplätze, das Know-how der beschäftigten Personen, die aus unserer Region wegziehen könnten, die Rolle dieser Firma in der Kreislaufwirtschaft, ihre Rolle in Bezug auf eine eigene Rüstungsindustrie in unserem Land zu haben. Weshalb diese Verknüpfung? Wir sind bereit zu investieren. Diese Abwägung führt dazu, dass ein Teil unserer Fraktion der Erheblicherklärung zustimmt. Der andere Teil bleibt kritisch und wird die Motion ablehnen. Nicht infrage kommt für uns die teilweise Erheblicherklärung im Sinn der Ausführungen der SP-Fraktion.

Fritz Gerber: Vor 13 Monaten hat Marcel Budmiger das Postulat P 347 eingereicht. Wir bewegen uns in der Politik. Auf der Tribüne befinden sich Personen aus der Wirtschaft und hoffen auf unsere Zustimmung. Sie sagen zwar nichts, denken aber wahrscheinlich, ob wir tatsächlich nach 13 Monaten immer noch darüber diskutieren, was wir wollen oder nicht. Das geht nicht. So kann man nicht wirtschaften. Das Prozedere ist mühsam. Ich hätte schon damals gerne sofort zugestimmt und das Geld aus allgemeinen Kantonsmitteln überwiesen.

Aber nun ist es einfach so. Die SVP-Fraktion stimmt praktisch einstimmig der Erheblicherklärung zu. Die Zustimmung ist an die Standortförderung gekoppelt, damit kann ich leben. Aber nun müssen wir endlich Nägel mit Köpfen machen. Ich erinnere daran, dass diese Firma 1854 gegründet wurde und sehr viel zur Standortförderung im Kanton Luzern beigetragen hat, ohne dass irgendwelche Regelungen bestanden. Die Firma hatte für damalige Zeiten auch sehr gute Bedingungen für ihre Mitarbeitenden mit Versicherungen, Krankenkasse und Pensionskasse und eine Vorreiterrolle übernommen. Das nebenbei. Jetzt müssen wir möglichst schnell darüber befinden, damit die Betroffenen möglichst bald wissen, woran sie sind. Sollte im Herbst das Gesetz über die Standortförderung aus heute unbekannten Gründen abgelehnt werden, was aber niemand glaubt, müsste das Geld mittels eines dringlichen, parteiübergreifenden Vorstosses aus allgemeinen Mitteln gefordert werden. Urs Brücker wäre in diesem Fall wahrscheinlich in der Minderheit. Zusammen mit dem Bundesbeitrag geht es um insgesamt 25 Millionen Franken. Die Firma besteht seit 170 Jahren und befindet sich nun in einer Notlage, zu einem grossen Teil unverschuldet, vor allem aufgrund international beeinflusster Gründe wie Stahl- und Energiepreise usw. Deshalb müssen wir Hand bieten, und zwar lieber heute als irgendwann einmal. Ich bitte Sie, der Erheblicherklärung zuzustimmen.

Urs Brücker: Fritz Gerber, wir leben in einer Demokratie, deshalb dauert es manchmal etwas länger. Simone Brunner, der LIB ist für Innovation und Forschung vorgesehen und nicht für eine Krisenbewältigung. Das wäre eine komplette Zweckentfremdung. Mit 8,5 Millionen Franken werden wir die 600 Arbeitsplätze nicht retten können.

Adrian Nussbaum: Ich bin immer noch erstaunt, wenn wir in der Eintretensdebatte zur Botschaft B 65 von der anderen Seite gehört haben, dass es des Teufels ist, Firmen zu subventionieren, aber fünf Minuten später die Welt eine andere ist. Darum geht es jedoch nicht. Ich bin aber auch erstaunt, dass wir diese Diskussion über die Koppelung hier nochmals führen. Wir haben die Diskussion letztes Mal zur Genüge geführt. Selbstverständlich kann man sie nochmals führen. Ich mache Sie auf die Konsequenzen Ihres Abstimmungsverhaltens aufmerksam. Wir stellen die Erheblicherklärung mit der Koppelung an die Standortförderung der teilweisen Erheblicherklärung gegenüber. Wenn die teilweise Erheblicherklärung obsiegt, ist das das Ende der Unterstützung der Steeltec AG. Das ist keine Frage der Abstimmung, sondern politische Realität. Die politische Realität war schon letztes Mal so. Ohne die Koppelung an die Standortförderung, die in unseren Augen Sinn macht, wäre die Unterstützung der Steeltec AG vom Tisch. Passen Sie auf, dass Sie das Fuder nicht überladen, denn dann erhält Steeltec so oder so kein Geld.

Roman Bolliger: Bei der Steeltec AG geht es um viele Arbeitsplätze. Es geht um ein Unternehmen, das eine wichtige Ressource produziert, nämlich Stahl. Es geht um ein Unternehmen, das dabei auf Umweltfreundlichkeit und Klimaschutz achtet. Der Stahl wird aus Stahlschrott produziert, womit Stoffkreisläufe geschlossen werden. Das Unternehmen schmilzt den Stahl mit Strom statt mit fossilen Energien und vermeidet damit weitgehend Treibhausgasemissionen. Das Unternehmen steht unter grossem Druck, insbesondere auch aufgrund gestiegener Strompreise. Aus Sicht der Grünen ist klar: Es braucht die entsprechende kantonale Finanzhilfe, damit der grosse Bundesbeitrag möglich ist, um den wertvollen Produktionsstandort zu sichern. Uns ist das so wichtig, dass wir eine Finanzierung unabhängig von der Standortförderung unterstützen, wenn diese Option wieder zur Diskussion steht. Wir stimmen daher der teilweisen Erheblicherklärung zu. Wir stimmen aber auch allem anderen zu, damit der Beitrag gesprochen wird. Uns ist vor allem wichtig, wofür die entsprechende Finanzhilfe verwendet wird. Eine Idee wurde bereits einige Male erwähnt. Die kantonale Finanzhilfe soll ganz oder teilweise für eine grosse Photovoltaik-Anlage

(PV-Anlage) verwendet werden. Natürlich steht zuerst der Nutzen für die Steeltec AG im Zentrum. Es macht nur Sinn so etwas zu prüfen, wenn das für die Steeltec AG von Vorteil ist. Zuerst geht es aber darum, die Arbeitsplätze und den Standort zu sichern. Genau deshalb ist es eine gute Chance, weil die Stromkosten der Steeltec AG so hoch sind, dass eine eigene grosse PV-Anlage sehr viel zur langfristigen Sicherheit beitragen könnte, sodass sie mit einem entsprechenden Mitteleinsatz sicherstellen könnte, dass der Kantonsbeitrag eine langanhaltende Wirkung entfaltet, die für den Wirtschaftsstandort positiv ist. Eine solche PV-Anlage hätte zusätzliche positive Aspekte. Wir würden damit nicht nur ein einzelnes Unternehmen fördern, sondern das Geld dieser PV-Anlage könnte der gesamten Solarbranche im ganzen Kanton zugutekommen. Wir verteilen damit die Gelder breiter, obwohl zuerst die Steeltec AG davon profitiert. Es ist auch nützlich, wenn die Bevölkerung sieht, was mit dem Geld geschieht. Wenn damit ein ganz konkretes Projekt unterstützt wird, ist das etwas anderes, als wenn das Geld einfach zur Steeltec AG geht. Abklärungen haben ergeben, dass man zusätzliche Unterstützung vom Bund erhalten würde, wenn man das Geld in eine PV-Anlage investiert. Wir finden es sinnvoll, dass die Forderungen im Sinn des Postulats gestützt und diese Abklärungen gemacht werden.

Marcel Budmiger: Eine Replik an André Marti: Wir können nur Steuermittel verteilen. Ich weiss nicht, ob Sie andere Einnahmequellen für den Kanton haben. Wir erhalten Steuermittel vom Bund, es geht um Bundesmittel, die wir erhalten. Diese wurden aber auch über Steuern finanziert. Es ist gefährlich, wenn wir Spezialtöpfe haben, je nachdem, woher die Gelder stammen. Dann kommen die Reichen und wollen auch wieder Geld zurück und Spezialleistungen. Dann haben wir wirklich ein Problem. Zum Votum von Fritz Gerber: Danke für die Unterstützung in den vergangenen 13 Monaten. Nun haben wir aber mit der teilweisen Erheblicherklärung die Möglichkeit, Nägel mit Köpfen zu machen, wie er es gefordert hat. Damit können wir die Unterstützung beschliessen und müssen keine komischen politischen Spielchen spielen, wie das die Mitte will. Die Firma hat aufgrund externer Entwicklungen Probleme. Der Kantonsrat soll nun entscheiden, ob er hier eingreifen will oder wie die Zentralschweizer Industrie- und Handelskammer sowie der Gewerbeverband handeln möchte, deren Direktor lieber Stahl aus China importieren will, weil dieser dort günstiger ist, anstatt den in der Schweiz benötigten Stahl in Emmen oder Gerlafingen zu produzieren. Zum Votum von Adrian Nussbaum: Die Diskussion mit der Koppelung haben wir tatsächlich schon geführt. Es ist und bleibt aber Erpressung, was die Mitte hier tut. Auf dieses trumpsche Niveau sollten wir uns nicht begeben. Wir haben eine gesetzliche Grundlage und können die Firma unterstützen. Dazu braucht es die neue Vorlage nicht, die wir gerade behandeln. Es ist nur eine Frage des politischen Willens. Wenn ich der Mitte zuhöre, bin ich nicht sicher, ob sie dieses Dekret im Herbst wirklich unterstützt oder nicht noch eine neue Vorlage erfindet, um definitiv Ja zu Steeltec zu sagen. Machen wir Nägel mit Köpfen und lassen die Steeltec AG, die Belegschaft und die Gemeinde nicht länger im Ungewissen. Ich bitte Sie daher, der teilweisen Erheblicherklärung zuzustimmen.

Guido Roos: Marcel Budmiger wirft uns vor, dass die Koppelung eine Erpressung sei. Das sehe ich anders. Für mich ist es eine rein sachlogische Zusammenführung von zwei Dingen, die zusammen gehören. Wir wollten die OECD-Mindestbesteuerung nicht. Sie führt aber dazu, dass sich der Wettbewerb vom Standort- zum Förderwettbewerb verlagert. Auch das wollten wir nicht, das ist ein Paradigmenwechsel. Aber dieser Wechsel ist nicht aufzuhalten, weil die OECD es so bestimmt hat. Aus dieser Überlegung kann man weder den Unternehmen noch der Luzerner Bevölkerung erklären, weshalb man die Steeltec AG in diesem Förderwettbewerb nicht unterstützt, andere Firmen hingegen schon. Es geht hier also um einen sachlogischen Zusammenhang. Deshalb braucht es auch diese Koppelung.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Am 8. September 2025 haben Sie im Rahmen der Beratung des Postulats P 347 ausführlich diskutiert und die teilweise Erheblicherklärung beschlossen. Dies verbunden mit dem Auftrag, dass sich die Regierung diesbezüglich Gedanken machen und im Rahmen der Standortförderung nochmals diskutieren soll. Die WAK hat diesen Auftrag mitgenommen und die vorliegende Motion ausgearbeitet. Ich danke der WAK und Ihrem Präsidenten, dass wir dabei mit einbezogen wurden. Nun liegt das Resultat vor. Wir haben damals Ihrem Beratungsergebnis entnommen, dass der Fortbestand der Stahlproduktion in Emmenbrücke grundsätzlich im volkswirtschaftlichen Interesse ist. In der Zwischenzeit hat sich die Gesamtregierung mehrmals mit dem CEO der Steeltec AG ausgetauscht. Persönlich habe ich mich auch mit Martin Haefner, dem Hauptaktionär, ausgetauscht. Beide haben uns versichert, dass ihnen einerseits der Standort Emmenbrücke sehr wichtig ist und sie sich andererseits in einer Transformation befinden. Sie wollen die Unternehmen auf Vordermann bringen. Deshalb liegt eine harte Zeit vor ihnen und es wird etwas dauern, bis die Massnahmen und die Neuorganisation wirken. Seit letztem Herbst hat sich das wirtschaftliche Umfeld nochmals verschärft. Einerseits ist Ihnen das Thema der US-Zölle und die damit verbundene Unsicherheit bekannt. Insbesondere deshalb hat die EU-Kommission vorgeschlagen, für die EU-Stahlzölle sogenannte «Safety rules» auszuarbeiten und Schutzzölle zugunsten des EU-Stahlmarkts gegenüber China und den USA zu formieren. Weil wir nicht Mitglied der EU sind, hat das auch Einfluss auf die Schweiz. Der Bundesrat ist aber dabei, Ausnahmen zu verhandeln. Deshalb und aufgrund externer Massnahmen ist es auch wichtig, eine Übergangs- oder Transformationsfrist zu unterstützen. Daher ist die Regierung zum Schluss gekommen, die Motion erheblich zu erklären. Die Gespräche haben uns überzeugt, dass man mit der Stahlproduktion am Standort Emmenbrücke festhalten will und diese Transformation gelingen kann. Aber auch aufgrund der Wichtigkeit der Stahlproduktion. In unserer Stellungnahme haben wir festgehalten, dass die Stahlproduktion in Europa aber auch in der Schweiz eminent wichtig ist, denn ohne Stahl produziert man fast gar nichts mehr. Es geht aber auch um die Sicherheit, die Rüstungsindustrie beispielsweise kommt nicht ohne Stahl aus. Leider ist das Thema Rüstungsindustrie umso wichtiger, weil ein Wetttrüben stattfindet und auch Europa für seine Sicherheit sorgen muss und entsprechende Ausgaben tätigen wird. In diesem Sinn ist die Regierung klar zum Schluss gekommen, dass sich die Investition auch mit Blick auf den nationalen Standortwettbewerb lohnt. So hat der Kanton Solothurn entschieden, Stahl Gerlafingen mit rund 4,6 Millionen Franken zu unterstützen. Wir beantragen die Erheblicherklärung und koppeln diese mit der Standortförderung. Wie Guido Roos erklärt hat, geht es um einen Förderwettbewerb. Es ist nicht das Gleiche, hier geht es um einen Transformationsbeitrag, bei der Standortförderung geht es um den LIB, aber es geht in die gleiche Richtung.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die Erheblicherklärung der teilweisen Erheblicherklärung mit 70 zu 30 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat die Motion mit 94 zu 15 Stimmen erheblich.